



1 - Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

als eure Kandidatin für das Amt der **Landrätin im Oberbergischen Kreis** freue ich mich, einen Ausblick auf den bevorstehenden Kommunalwahlkampf zu geben.

In einer Zeit der **Polykrisen**, in der ökologische und soziale Herausforderungen immer drängender werden, ist es wichtiger denn je, dass wir gemeinsam für eine **zukunftsfähige und gerechte Politik** eintreten.

Wir haben die Chance, unsere Vision für ein **ökologisch und sozial gerechtes Oberbergisches Land** zu verwirklichen. In den kommenden Wochen und Monaten werden wir gemeinsam für unsere Werte und Ziele eintreten – für ein Leben im Einklang mit der Natur, für soziale Gerechtigkeit und für eine starke, zukunftsfähige Gemeinschaft.

Unsere Region steht vor großen Herausforderungen: Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt, soziale Ungleichheit, Verkehrswende und wirtschaftliche Unsicherheiten. Wir müssen die **Wirtschaft stärken**, um Arbeitsplätze zu sichern und Innovation zu fördern. **Nachhaltige Unternehmensstrategien** und die Förderung regionaler Initiativen sind entscheidend, um unsere Wirtschaft zukunftsfähig zu gestalten.

Ein zentrales Anliegen unserer politischen Arbeit ist die **Gleichstellung der Geschlechter**. Feminismus ist nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine wirtschaftliche Frage. Wir setzen uns ein für **faire Löhne**, Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Deswegen freue ich mich riesig, dass unser Kreisverband inzwischen die vollständige Parität erreicht hat. Mit den Eintritten von vielen Frauen aller Altersstufen haben wir am 10.4.2025 einen Anteil weiblicher Mitglieder von 50,2% erreicht.

Leider ist auch der Einsatz für unsere **Demokratie** unerlässlich. Wir müssen uns aktiv für **Transparenz, Teilhabe** und gegen **Extremismus** engagieren. Eine lebendige Demokratie braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich einbringen.

In diesem Wahlkampf setzen wir auf **Dialog und Beteiligung**. Wir möchten **eure Ideen** hören – denn **jede Stimme zählt!** Lasst uns gemeinsam Pläne schmieden, damit unser Oberbergisches Land so schön und lebenswert bleibt, wie es ist.

Ich freue mich auf zahlreiche **Veranstaltungen, Gespräche und Aktionen**, bei denen wir unsere Themen präsentieren und uns vernetzen können.

Lasst uns gemeinsam die Zukunft gestalten – für eine **grüne, gerechte und lebenswerte Heimat!**

Eure **Bernadette**



Rückblick: Wahlkampf mit Herz, Frost und Haltung

Danke für alles – und: Jetzt erst recht!

Dieser Winterwahlkampf hatte es in sich. Kälte, Zeitdruck, Turbulenzen auf Bundesebene – und trotzdem: **Ihr habt geliefert.** Plakate bei Schnee und Frost geklebt, Infostände aufgebaut, Gespräche geführt, Flyer verteilt, Veranstaltungen organisiert – **mit Herz, mit Haltung und mit einem Teamgeist, der einfach nur stolz macht.**

Egal ob alt eingesessen oder neu dabei – **ihr alle wart großartig.** Ohne euch hätte es diesen Wahlkampf so nie gegeben. ❤️

Danke für euren Einsatz, eure Zeit und eure Leidenschaft! Herzlichst, Eure Sabine









Das Wahlergebnis: bitter – aber nicht das Ende der Geschichte

Die Wahl selbst? Schwer.

Die politische Stimmung? Rau.

Das Ergebnis? Leider ernüchternd.

Trotz aller Anstrengungen blieb unser Ergebnis mit 11,7 % **deutlich unter dem, was wir uns erhofft hatten.**

Unsere Kandidatin **Sabine Grützmacher** hat den Wiedereinzug in den Bundestag verpasst – und das tut weh.

Sie hat sich in einer schwierigen Zeit mit Mut, Klarheit und unermüdlichem Einsatz für grüne Werte starkgemacht. Dass das nicht belohnt wurde, ist enttäuschend – und doch wissen wir: **Sabines Weg und Haltung sind alles andere als vorbei. Wir freuen uns tatsächlich darauf, sie bald wieder mittenmang dabei, hier im Kreis zu haben.**

Aktueller Exkurs: Wahlkampf-Manipulation?

Manipulation, Anschläge und digitale Schatten. Wir wollen nicht drumherum reden:

Diese Wahl war zu oft **strange**. Inzwischen mehren sich die Hinweise, dass sie **gezielt gestört und beeinflusst wurde** – mit Fake-Kampagnen, Trollfabriken, Social-Media-Manipulation und möglicherweise sogar politisch motivierten Anschlägen.

TikTok hat mittlerweile selbst bestätigt: **27.000 Fake-Accounts haben in Rumänien eine Wahl beeinflusst.**

Und auch in Deutschland wird ermittelt – ob etwa die Anschläge in Magdeburg, Mannheim oder München mit russischer Einflussnahme in Verbindung stehen. Mehr Infos dazu vom ZDF [HIER](#)

Klar ist: **Rechte Parteien profitieren von Angst und Desinformation.**

Und es liegt an uns, dagegenzuhalten – laut, kreativ, klug und standhaft.

Rumänien:

1/2

**TikTok bestätigt
Wahl-Manipulation**

Worum geht es?
Die rumänische Präsidentschaftswahl im November 2024 soll manipuliert worden sein. Mehr als 27.000 Fake-Accounts sollen auf Social Media eingesetzt worden sein, um durch massenhafte Kommentare die öffentliche Meinung zu beeinflussen.



Besonders der ...
... rechte extreme Kandidat Călin Georgescu erhielt durch diese künstliche Unterstützung viel Aufmerksamkeit, etwa durch virale Videos. Er gewann die Wahl überraschend.

Die Wahl wurde annulliert ...
... und Ermittlungen eingeleitet.
Die Wahl wird im Mai wiederholt.



2371 Psd

Rumänien:
**TikTok bestätigt
Wahl-Manipulation**

Was ist jetzt neu?
TikTok hatte die Einflussnahme bisher bestritten. Jetzt hat das Unternehmen die **Existenz von 27.000 Fake-Accounts bestätigt** und zugegeben, dass die Wahl dadurch manipuliert wurde. Die **Accounts** wurden inzwischen **gelöscht**.

Russisches Netzwerk
Es gibt Hinweise darauf, dass die Manipulation von einer Troll-Fabrik mit **Verbindungen zu russischen Netzwerken** organisiert worden sein könnte. Die rumänische AUR-Partei, die Georgescu unterstützte, dürfte involviert gewesen sein.

Călin Georgescu ...
... darf bei der **Wahl im Mai nicht antreten**. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen ihn.



Quelle: t-online

234 Bsd.

Was bleibt?

Zusammenhalt. Haltung. Hoffnung. Wir sind vielleicht nicht mit einem Mandat aus dieser Wahl gegangen – **aber mit verdammt viel Mut und einem starken Teamgefühl.**

Wir wissen jetzt, worauf es ankommt:

Nicht still sein. Nicht einknicken. **Nicht aufgeben.** Wir machen weiter. Für Demokratie, für Gerechtigkeit, für eine lebenswerte Zukunft – **gerade hier, gerade jetzt, gerade mit euch. 480 Mitglieder. 1 Ziel. Eine starke, demokratische Zukunft.** Und davon sind die Hälfte weiblich - zum ersten Mal in der Geschichte unseres Kreisverbands haben wir in diesem April die volle Parität erreicht - das wird gefeiert!



Wir werden uns auf diesem Zwischenstand nicht ausruhen.

Danke, dass ihr ein Teil davon seid ❤️

Und noch etwas gibt uns Rückenwind:

Unsere Partei wächst weiter. Von vielen hören wir: es tut so gut, in diesen verrückten Zeiten nicht allein zu sein. Wir sind viele. Wir sind gemeinsam stark mit Menschen, die ein Zeichen setzen wollen. Die nicht länger schweigen. **Dieser Zuwachs ist mehr als eine Zahl – er ist ein Versprechen und gibt Hoffnung.** Ein Versprechen und die Zuversicht, dass grüne Politik Zukunft hat.

Hier das Versprechen an uns alle:

Wir machen weiter. Gemeinsam. Für ein demokratisches, gerechtes und starkes Oberberg!

Wer nach vorne geht, darf auch den Blick zurück nicht vergessen. Am **23. August 1979** gründeten 18 Personen im Kurhaus Kaltenbach den Kreisverband Oberberg als einen der ersten Kreisverbände der grünen Partei in Deutschland. Wir werden also in 4 Jahren auf 50 Jahre GRÜNE Oberberg zurückblicken und es so richtig krachen lassen!

Und deshalb hier der Aufruf vor allem an die älteren Mitglieder, beim Aufräumen und Entrümpeln darauf zu achten, ob sich irgendwo noch ein alter Rundbrief oder andere Dokumente aus den ersten Jahren der oberbergischen Grünen aus eurem Ortsverband und aus dem Kreisverband finden. **Dann freuen wir uns sehr, wenn ihr diese Fundstücke an uns**

weitergebt. Wir sammeln diese Schätzchen für unser Archiv und werden sie zum 50. Jubiläum euch und der Öffentlichkeit präsentieren. **Roots to grow and wings to fly...**

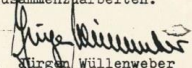
Grußadresse

an alle friedliebenden, natur-und umweltschützenden
Demokraten in Gummersbach!

In einer Zeit, in der Profit und Prestige offenbar mehr zählen
als Gesundheit und Lebensqualität,
in der ein verkaufter Mercedes mehr wiegt als ein Menschenleben
in der Humanität und Demokratie bürokratisch verwaltet werden,
in der das schöne und erhaltenswerte Alt-Gummersbach toten Beton
klötzen weicht und eine gesunde Landschaft durch Strassenbauwahn
verschandelt wird,
haben Gummersbacher GRÜNE heute einen Stadtverband gegründet.

Aus diesem Anlass grüssen wir alle ehrlichen Demokraten und
erklären uns bereit, in fairer und uneigennütziger Weise mit
ihnen für das Wohl unserer Stadt und ihrer Menschen, für die
Freiheit und Rechte der Bürger, für die Unterstützung der sozial
gesellschaftlich oder rechtlich Benachteiligten, für Landschafts
Natur-und Umweltschutz, für die Erhaltung von Kulturwerten, der
Volksgeundheit und des Friedens zusammenzuarbeiten.

Gummersbach, den 5. Juni 1980


i.A. Jürgen Wüllenweber
-der grüne Doktor-

An die politischen Parteien, den Bürgerverein Gummersbach,
den Rhein.-Bergischen Naturschutzbund, die Bürgerinitiative
zur Erhaltung des Lochwiesentales, die Bürgerinitiative zur
Erhaltung des Hauses Marktstr. 15, die Anti-AKW-bewegung,
die Aktion gegen Landschaftszerstörung durch B 256n, die
Friedensinitiative, die Alternative e.V. Kaiserstr. 60, das
Anti-Strauss-Komitee und amnesty international + Aktion Dritte
Welt.


ökologisch • gewaltfrei • frech • vorlaut
Info der GRÜNEN in Marienheide 1/93

Gewerbegebiet Griemeringhausen

Ein fauler Kompromiß!

Mit unseren Gegenstimmen und drei Enthaltungen beschloß am 15.12.92 der Gemeinderat, das Verfahren zur Änderung des Gebietsentwicklungsplans (GEP) für das ehemals militärische Gelände mit der vorgeschlagenen Ausweisung beim Regierungspräsidenten zu beantragen.

In dieser Sitzung beantragten wir, auf die vorgesehene Wohnbauflächenvergrößerung zu verzichten. Wir schlugen konkret vor, wie wir uns eine Abrundung des Ortsbildes vorstellen (Baulinien: Hof Müller - Hof Kollenberg).

Auch die Bürgerinitiative (BI) verlangte eine vernünftige Arrondierung des Ortsbildes, welche bestimmt nicht dem CDU-Antrag entspricht. Auch nach Aufforderung mehrerer Ratsmitglieder wollte die CDU keine konkreten Angaben zu ihrem Antrag machen.

Trotzdem folgte der Rat dem Antrag der CDU, der eine maßvolle Reduzierung der Wohnbauflächenvergrößerung vorsieht, d.h.: den befürwortenden Politikern und der Verwaltung stehen noch alle Möglichkeiten offen, welche Größe die Wohnfläche am Ende haben soll.

Unser zweiter Antrag lehnte die Umwandlung der vorhandenen landwirtschaftlichen Fläche in ein Gewerbegebiet ab. Dieser Bereich sollte aus der Planung gestrichen werden. Wir wiesen in der Ratsitzung nochmals auf eine klassische Kuppenbebauung und Bebauung im Außenbereich zwischen zwei Erholungsgebieten hin. Bestes Beispiel hierfür sind die neu errichteten Leichtbauhäuser. Sie sind im Umkreis von mehreren Kilometern sichtbar. Wie würden denn erst hohe Fabrikhallen das Landschaftsbild beeinträchtigen?

Auch die CDU stellte hierzu einen Antrag. Dieser sieht die Koaltesierung der gewerblichen Nutzung abschnittsweise vor. Mit diesem Antrag kam die CDU den befürwortenden Parteien (besonders der SPD) sehr entgegen. Der Antrag bedeutet für uns nur Augenwischerei, denn der GEP und die Bauleitpläne werden für das gesamte Gebiet aufgestellt.

Genau dies wollten wir mit unserem Antrag verhindern. Auch der BI ist mit dem CDU-Antrag nicht gehalten, denn das Gewerbegebiet bleibt in seiner ganzen Größe erhalten.

Damit man aus Kostengründen keine Nutzungsmöglichkeit ausschließt (z.B.: Rückbau der A-Stellung in Freiraum), beantragten wir, ein Gutachten zu erstellen, bevor man sich für die Variante (großes Gewerbegebiet) entscheidet. In diesem Gutachten sollte u.a. untersucht werden, ob die gewerbliche Nutzung mit der vorhandenen Bebauung (Bunker, Straßen, Gebäude, Altlasten etc.) vereinbar ist. Die BI verlangte Kostenschätzungen und Kostenutzenanalysen, bevor sich der Rat für eine Variante entscheidet. Unser Antrag, vorab ein Gutachten zu erstellen, und die Bedenken der Bürger hierzu wurden vom Rat und der Verwaltung mit einem weiteren faulen Kompromiß vom Tisch geräumt.

Man entschied sich ohne Wenn und Aber für die Variante I. Die vorgenannten Kriterien sollen erst so weit erforderlich im Bauleitplanverfahren berücksichtigt werden.

Wir behaupten: Im Bauleitplanverfahren werden keine Grundsatzfragen geregelt; diese müssen vor Änderung des GEP und Aufstellung der Bauleitpläne geklärt werden.

Zusammenfassend meinen wir, daß man versucht hat, die BI und uns mit faulen Kompromissen übers Ohr zu hauen. Um dies im weiteren Verfahren zu verhindern, fordern wir die politischen Gremien auf, den Bürgerwillen mehr zu achten. Denn sie versuchen, ein großes Gewerbegebiet um jeden Preis und gegen den Willen der Bürger zu verwirklichen. Dies ist die erste Voraussetzung für eine spätere Ausdehnung in Richtung Lienkamp und den Ausbau des Wirtschaftsweges in einen Autobahnbühnen. Für die Anlieger bedeutet dies eine unerträgliche Belastung.

BURKHARD SCHALLER

In Trübsal haben, wenn Sie gegen alle Landeshauptstadt, dann werden Sie nicht landen, wenn Sie nicht die Landeshauptstadt, dann werden Sie nicht landen.



Niederschrift

Über die Gründung des Kreisverbandes "Die Grünen" Oberberg

Versammlungsort und -Lokal : Kurhaus Kaltenbach, Kaltenbach
Versammlungstag und -Zeit : 23.8.79 , 19,30 Uhr
Versammlungsleiter : Helmut Hof

Anwesend waren 18 stimmberechtigte Mitglieder und 3 Gäste.
Einwendungen gegen die ordnungsgemäße Ladung, gegen die Tagesordnung oder das Stimmrecht eines der anwesenden Mitglieder wurden nicht erhoben.

Folgender Wahlausschuß wurde gebildet:

Wahlleiter : Ralf Anacker
Beisitzer : Harald Kerper

Zur Wahl vorgeschlagen wurden:

als Kreisvorsitzender 1. Helmut Hof
2. Ingeborg Brückner
3. Heinrich Scheidgen

als stellvertretender Kreisvorsitzender:
1. Ingeborg Brückner
2. Heinrich Scheidgen
3. Helmut Hof

als Kreiskassierer
1. Frank Müllenmeister
2. Heinrich Scheidgen
3. Inga Breunig

als Schriftführer
1. Jörg Bauer
2. Heinrich Scheidgen

Die Wahl erfolgte in geheimer Zettelwahl.

Zahl der abgegebenen Stimmen: 18

- Blatt 2 -



**ICH BIN
FRISCHER
WIND!**

gruene-oberberg.de



Unsere neue Ansprechpartnerin in Berlin: Nyke Slawik

Wir freuen uns sehr, euch unsere neue direkte Ansprechpartnerin in der Bundestagsfraktion vorstellen zu dürfen: **Nyke Slawik**, Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Leverkusen – Köln IV, geboren 1994 in Leverkusen.

Mit dem Ende von Sabines Bundestagsmandat endet auch eine Zeit, in der unser Oberbergischer Kreis durch eine von uns direkt in Berlin vertreten wurde. Sabine kannte unsere Region wie ihre Westentasche – und genau diese Nähe wird uns fehlen.

Mit **Nyke** beginnt nun ein neues Kapitel – eines, dem, wie man so schön sagt, ein Zauber innewohnt. Und Nyke bringt diesen Zauber mit: Als eine der ersten trans Frauen im Bundestag steht sie für Sichtbarkeit, Wandel und den Mut zur Veränderung. Sie ist leidenschaftlich engagiert, jung, klug, reflektiert – und offen für neue Perspektiven.

Zugegeben: Das Bergische kennt sie bisher noch nicht so gut wie Sabine –

und wer aus einer Metropolregion kommt, wird vielleicht erstmal schlucken, wenn es um Mobilität in einem Flächenkreis wie unserem geht: tote Gleise, verwaiste Haltestellen, radwegartige Abenteuerpfade ...

Aber wir freuen uns darauf, ihr unsere Realität zu zeigen – und sie an Bord zu wissen, wenn wir an tragfähigen Lösungen arbeiten.

Nyke ist seit ihrer Jugend bei den Grünen aktiv. Sie studierte Kommunikations- und Medienwissenschaft sowie Anglistik, war Praktikantin bei Terry Reintke im Europäischen

Parlament und später wissenschaftliche Mitarbeiterin im Landtag NRW. Seit 2021 vertritt sie als Direktkandidatin Leverkusen – Köln IV im Bundestag.

Was sie inspiriert? Menschen, die für eine bessere Welt auf die Straße gehen. **Wofür sie mitten in der Nacht aufsteht?** Für Sonnenaufgänge – und für Freund*innen, die Hilfe brauchen. **Kraft schöpft sie** aus Yoga, Meditation und Ausflügen in die Natur.

Wir werden weiter mit Nyke an den Bundestagsthemen arbeiten und den Kontakt pflegen.

Zum Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD hat sie am Freitag, 11.4. in einem einstündigen Webinar schon ihre Einschätzung gegeben und Fragen beantwortet. Wer vorab einen Blick hinein werfen mag, findet ihn als pdf [HIER: DOWNLOAD](#)



Verantwortung für Deutschland

Koalitionsvertrag zwischen
CDU, CSU und SPD

21. Legislaturperiode



I just called ... to say ... dieser Koalitionsvertrag ist eine Zeitreise ins letzte Jahrhundert!

Was Union und SPD heute vorgestellt haben, ist eine Absage an soziale Generationengerechtigkeit, an eine zukunftsfähige Wirtschaft und an wirkungsvollen Klimaschutz. Angesichts der schwierigen internationalen Lage und den großen Herausforderungen in Deutschland haben wir keine Zeit für eine politische Rückwärtsrolle.

Wir Grünen im Bundestag werden in der Opposition alles dafür tun, die politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Schäden, die Schwarzrot mit ihrem Vertrag ankündigt, zu begrenzen.

[#Koalitionsvertrag](#)



Grüne Bundestagsfraktion



🕒 Vor 22 Std.

Embed://<iframe width="458" height="815"
src="https://www.youtube.com/embed/_XqNo2rrqD8" title="Aggeraue2025"
frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media;
gyroscope; picture-in-picture; web-share" referrerpolicy="strict-origin-when-cross-origin"
allowfullscreen></iframe>

Die Agger kommt in Bewegung

Was lange stockte, beginnt endlich zu fließen

Was ist das für ein Hin und Her an der Agger.

Seit Jahren kämpften Umweltverbände, Naturschützer*innen und auch wir GRÜNE im Kreis dafür, dass die **renaturierte Flusslandschaft bei Ohl-Grünscheid** nicht erneut unter Wasser verschwindet – und dass geltendes Recht endlich gilt.

Doch dann – der Schock:

Trotz aller Zusagen wurde Ende Februar probeweise wieder aufgestaut. Die wunderschöne Aue, die sich seit 2019 auf dem niedergelegten Wehr entwickelt hatte, versank erneut.

Was war passiert?

Die **Bezirksregierung Köln** stand unter Druck: Entweder sie hält sich an das gegebene Wort – oder sie riskiert, vor Gericht gegen die Aggerkraftwerke zu verlieren. Diese hatten das marode Wehr instand gesetzt – und so argumentiert, dass einem Wiederaufstau nichts mehr im Weg stehe.

Dabei waren die **Sicherheitsüberprüfungen**, die eigentlich Voraussetzung sein sollten, immer noch nicht abgeschlossen. Und das, obwohl die „vertieften Überprüfungen“ bereits **2016** angeordnet worden waren – mit einer Zwei-Jahres-Frist. 2025 – immer noch nichts fertig gerechnet.

Doch es tut sich was:

Beim Gespräch unserer Kreistagsfraktion mit dem Aggerverband Anfang April wurde deutlich – das **Niederschlags-Abfluss-Modell liegt endlich vor, man kann damit arbeiten**. Noch ist es nicht ganz vollständig, aber die Arbeit daran steht vor dem Abschluss. Damit ist klar:

Jetzt muss der Betreiber **nachweisen, dass seine Anlagen auch bei Starkregen sicher sind**.

Wir erwarten hier kurzfristig **eine Verfügung der Bezirksregierung**.

Fast noch wichtiger:

Der unsägliche „Oberberg-Erlass“ von 2016 wurde endlich kassiert.

Er hatte erlaubt, dass Wasserkraftwerke an der Agger jahrelang auf Mindestwasserführung, Durchgängigkeit und Fischschutz pfeifen durften – solange unklar war, ob sich Wasserkraft an der Agger überhaupt noch lohnt.

Jetzt ist klar: **Diese Sonderregelung fällt.**

Die Bezirksregierung bereitet **Ordnungsverfügungen** vor, um die ökologischen Anforderungen des Wasserhaushaltsgesetzes endlich durchzusetzen. Und das bedeutet:

► **Die Kraftwerke müssen die Mindestwassermengen einhalten,**

- Sie müssen die Durchgängigkeit herstellen, d.h. Wanderhilfen für Fische bauen,
 - und damit hohe Kosten für diese Art der ökologisch fragwürdigen Stromproduktion.
- Ein System kippt – und die Agger gewinnt**

Die wirtschaftliche Rechnung ist eindeutig:

Die Aggerkraftwerke stehen nun vor Millioneninvestitionen, um Mindestwasserführung und Fischaufstieg an sieben Stellen zu ermöglichen – bei gleichzeitigen Ertragseinbußen durch Wasserabgabe. Gleichzeitig ist aber klar: Durchgängigkeit für Fische ist nicht gleichbedeutend damit, die natürliche Dynamik eines frei fließenden Flusses wieder herzustellen. Dazu gehört auch das Bewegen von Sedimenten, die Verlagerungen von Steinen und Geröll und damit auch die natürliche Entstehung von Kiesbänken, Stillzonen und Steilufern. Mithin das Entstehen und Bewahren von wichtigen Habitaten für alle Wasserlebewesen und am Wasser lebende Insekten und Vogelarten.

Im Vergleich dazu ist die Stromgewinnung an der Agger längst nicht mehr konkurrenzfähig – gerade, wo in Engelskirchen Solar- und Windkraft im großen Stil ausgebaut werden.

Der Rückbau der Stauanlagen darf aus unserer Sicht damit **nur noch eine Frage der Zeit sein.**

Und das ist gut so – für die Artenvielfalt, den Gewässerschutz und die Lebendigkeit unserer Flüsse.

– Friedrich Meyer, Wassernetz NRW, Flussgebietskoordinator für die Agger: **„Es ist also eine Frage der Zeit, wann die Agger wieder frei fließt und die Natur, wie wir es in Ohl-Grünscheid erleben durften, wiederhergestellt ist.“**

Embed://<iframe width="1236" height="695"
src="https://www.youtube.com/embed/azlSa4XJ-cM" title="Tim Achtermeyer Grußwort zur Kreismitgliederversammlung KV Oberberg März 2025" frameborder="0"
allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture; web-share" referrerpolicy="strict-origin-when-cross-origin"
allowfullscreen></iframe>



Kreismitgliederversammlung zur Kreistagswahl 2025

Rückblick, Wahlergebnisse und personelle Veränderungen

Am Samstag, den 15.03.2025 hat unsere Kreis-Mitgliederversammlung in einer langen Sitzung die **Kreistagswahl vorbereitet**. Die Ergebnisse der Listenwahlen, das Protokoll und unsere Pressemitteilung dazu habt Ihr bereits erhalten.

Das Grußwort von **Tim Achtermeyer** findet Ihr auch hier.

Über die Wahlen zur Reserveliste gab es schon während der Versammlung **Unmutsäußerungen der GRÜNEN JUGEND**. Einen Offenen Brief von Henrik Köstering und die Stellungnahme des Kreisvorstands habt ihr erhalten.

Wir freuen uns außerdem über eine **Personalentscheidung des Kreisvorstands: Ab dem 1. Mai 2025 wird Lars Schmeisser aus Hückeswagen die Kreisgeschäftsführung verstärken**. Lars wird sich in der Sitzung des Kreisausschusses am 29. April 2025 allen vorstellen, die ihn noch nicht kennen, und dann auch auf der nächsten Kreismitgliederversammlung am **Freitag, 9. Mai 2025** den Mitgliedern persönlich begegnen.



Seb wird Lars einarbeiten und einen reibungslosen Übergang sicherstellen, bevor er nach der Kommunalwahl in den Ruhestand geht.

*Hallo! Ich bin 46 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder. Fast 22 Jahre lang habe ich ein kleines Handwerksunternehmen (5 – 10 Mitarbeiter*innen) geleitet (Gelernt habe ich allerdings einen IT-Beruf). Mich freut es sehr, mit mittlerweile 480 Mitgliedern in die diesjährige Kommunalwahl zu starten, und mit euch unsere 'Grünen' Themen wieder in den Vordergrund zu stellen!*

Lars Schmeisser



Protokollauszug zur Kreismitgliederversammlung

Die Kreismitgliederversammlung fand am **15.03.2025** im Lindenforum in Gummersbach statt. Es waren **68 Mitglieder** anwesend. Im Zentrum standen die Wahl der Reserveliste und die Vorstellung der Direktkandidat:innen zur Kreistagswahl 2025.

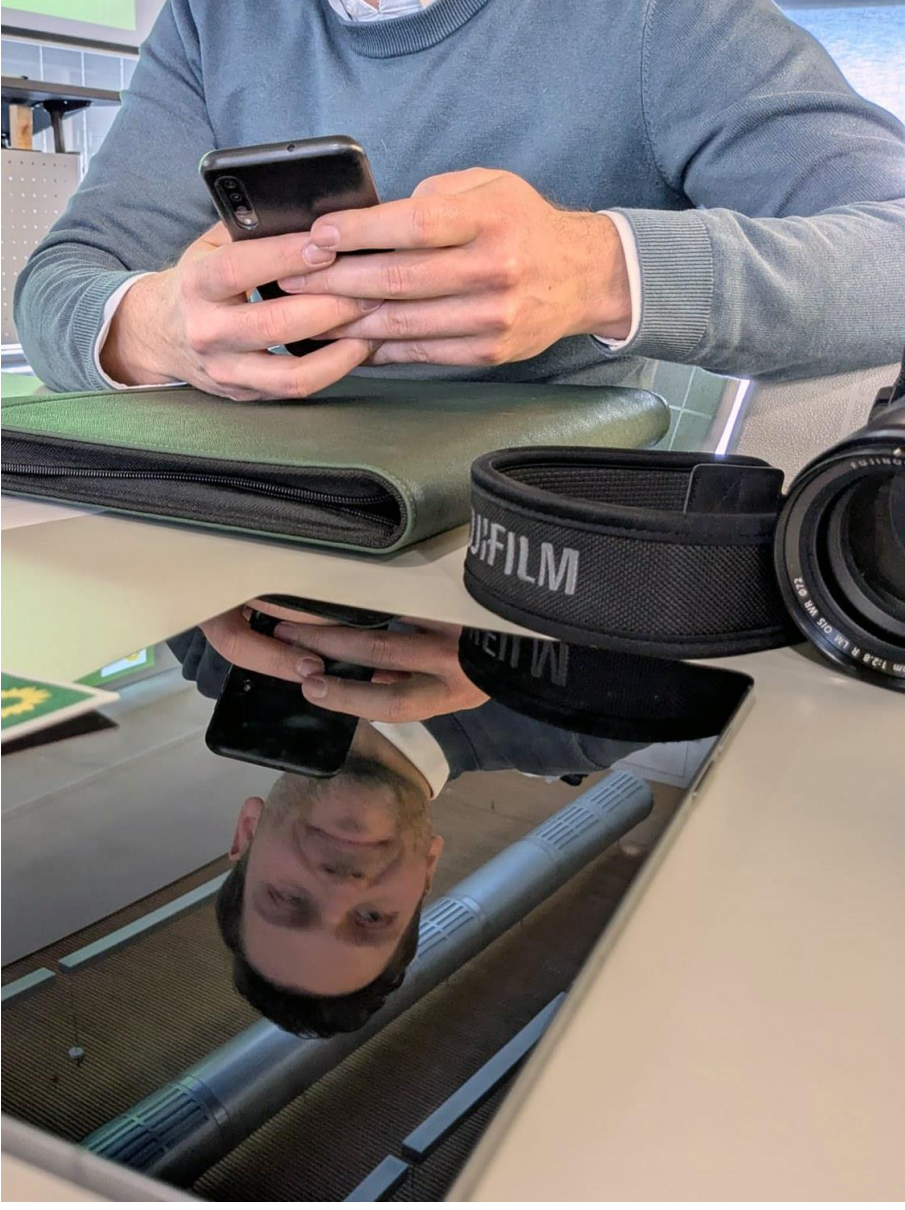
Besonders erfreulich: Der Kreisverband wächst weiter – **465 Mitglieder** zählte unsere Partei zum Zeitpunkt der Sitzung.

Die Versammlung verlief konzentriert, diszipliniert und in einer offenen, respektvollen Atmosphäre.

Ein herzliches Dankeschön an alle, die diesen Tag aktiv mitgestaltet haben – auf der Bühne, im Plenum, an der Technik oder mit ihrem Applaus!























Wahlergebnisse der Reserveliste

Die folgende **Reserveliste** wurde in Einzelwahlverfahren gewählt:

1. Bernadette Reinery-Hausmann (Morsbach)
2. Sabine Grützmacher (Gummersbach)
3. Marie Brück (Nümbrecht)
4. Seb Schäfer (Marienheide)
5. Helen Köstering (Wiehl)
6. Julian Münster (Wiehl)
7. Sarah Hanuschik (Wiehl)

8. Leon Stank (Radevormwald)
9. Beate Mauelshagen (Reichshof)
10. Maik Tatewossjan (Engelskirchen, Grüne Jugend)
11. Sarah Koop (Hückeswagen)
12. Bojan Radonic (Waldbröl)
13. Ann-Christin Lichtinghagen (Marienheide)
14. Lars Schmeisser (Hückeswagen)
15. Shirley Finster (Hückeswagen)
16. Egbert Sabelek (Hückeswagen)
17. Silke Mehlan (Bergneustadt)
18. Roland Wernicke (Bergneustadt)
19. Vanessa Radonic (Waldbröl)
20. Christoph Glaß (Engelskirchen)
21. Annegret Scholl (Radevormwald)
22. Achim Haas (Bergneustadt)
23. Gabi Bülter (Gummersbach)
24. Stephan Börsch (Wipperfürth)
25. Sonja Wegner (Wiehl)

Zusätzlich wurden die Direktkandidat:innen für alle 27 Wahlbezirke gewählt – darunter u.a. Achim Haas in Bergneustadt und Andrea Münnekehoff in Wipperfürth.

Die Listen sind hier abrufbar: [Reserveliste](#) [Kreiswahlbezirke](#)

Gleichgewicht. Wer es findet, schwebt – schwerelos, ruhig, ganz da. Der Thrill liegt nicht im Aufstieg. Auch nicht im Absinken. Er liegt in diesem Moment dazwischen: wenn Schwere und Leichtigkeit sich ausbalancieren.

Dann wird aus Ohnmacht: Klarheit, aus Hektik: Genuss.

Und aus dem Deep Dive: ein Moment innerer Ruhe.

Wir sehen uns da unten, Buddy*. Eure Marie

*Buddies werden beim Tauchen die Partner genannt, die aufeinander achtgeben.



Neues aus dem Düsseldorfer Landtag

Starten wir mit einem **save-the-date**: Wer bisher noch an keiner Fahrt zu Marc in den Landtag teilgenommen hat, kann sich den **5. November freihalten**. Vor allem die Neumitglieder sind herzlich willkommen! Eine offizielle Einladung geht nach den Sommerferien an alle Mitglieder raus.

Als Sprecher für Handwerk und Mittelstand fallen vor allem die Neuigkeiten zum Stand der Fachkräfte-Offensive und der Meisterprämie in Marcs Zuständigkeitsbereich. Wichtige Infos für die Kommunalpolitik sind die dritte Änderung des Landesentwicklungsplans und die Altschuldenlösung.

Fachkräfte-Offensive

Im Rahmen der Fachkräfteoffensive gibt das Land NRW mit der digitalen Broschüre „Vergütung für Auszubildende“ Jugendlichen, Eltern und Lehrkräften eine transparente Orientierungshilfe zur Ausbildungswahl – inklusive Informationen zu Gehalt, Arbeitszeit und Urlaub in 115 Branchen. Die Broschüre steht unter www.tarifregister.nrw.de/verguetung-fuer-auszubildende-nordrhein-westfalen-0 zum Download bereit. Parallel bieten die neuen Ferien-Praktikumswochen NRW Schüler*innen ab 15 Jahren die Möglichkeit, in den Sommerferien flexibel und ohne Bewerbungsaufwand verschiedene Berufe kennenzulernen. www.praktikumswochen.nrw

Meisterprämie NRW

Mit der Meisterprämie NRW in Höhe von 2.500 € hat das Land Nordrhein-Westfalen einen zusätzlichen Anreiz für Beschäftigte im Handwerk gesetzt, eine Meisterprüfung abzulegen. Damit wird auch offensiv einem strukturellen Ungleichgewicht begegnet: Im Gegensatz zu den meisten Studierenden müssen Meisterschülerinnen und -schüler einen erheblichen Teil ihrer Weiterbildungskosten selbst tragen. Die Meisterprämie setzt ein klares Signal in Richtung Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildungswege. Seit ihrer Einführung am 1. Juli 2023 wurde sie im Oberbergischen Kreis von 115 Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeistern beantragt.

<https://www.mags.nrw/meisterpraemie>

Auch die Meistergründungsprämie NRW wurde zu Beginn des Jahres von der Landesregierung erweitert. Ziel der Maßnahme ist es, Gründungen und Unternehmensnachfolge in Handwerksberufen noch attraktiver und familienfreundlicher zu gestalten, und gezielt Frauen den Weg in die Selbstständigkeit zu erleichtern.

Die Meistergründungsprämie zählt zu den erfolgreichsten Instrumenten der Gründungs- und Arbeitsmarktförderung in Nordrhein-Westfalen. Fast 20.000 Existenzgründungen wurden damit im Handwerk seit 1995 gefördert, über 74.000 Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze wurden geschaffen oder gesichert.

Zu den Neuerungen sagt Marc: **„Neben dem industriellen Mittelstand ist das Handwerk hier bei uns im Oberbergischen eine starke Stütze des gesellschaftlichen Lebens. Es bietet vielfältige Arbeitsplätze und oft ist ein Handwerksberuf eine Berufung fürs Leben. Die Erhöhung der Meistergründungsprämie und die Fortführung der Meisterprämie NRW durch den Landtag sind Investitionen in die Zukunft Nordrhein-Westfalens. Besonders**

herauszustellen ist die gezielte Verbesserung der Förderung von Handwerksmeisterinnen und Familien, sowie die Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen.“

<https://www.land.nrw/pressemitteilung/meistergruendungspraemie-nrw-land-erweitert-foerderung-fuer-existenzgruendungen>

Landesentwicklungsplan (3. Änderung)

Im März hat die Landesregierung einen Änderungsentwurf zum Landesentwicklungsplan beschlossen. Vorgesehen sind insbesondere die Aktivierung von Brachflächen, mehr Flexibilität für die kommunale Bauleitplanung und Nachsteuerung bei der Freiflächen-Photovoltaik. Zusätzlich wird mit dem neuen „5-Hektar-Grundsatz“ vereinbart, die tägliche Flächenneuanspruchnahme auf 5 Hektar zu begrenzen und langfristig eine echte Flächenkreislaufwirtschaft zu etablieren. Damit soll eine Balance zwischen wirtschaftlichem Wachstum, Klimaschutz und dem sparsamen Umgang mit wertvollen Flächen geschaffen werden. <https://www.land.nrw/pressemitteilung/land-beschliesst-entwurf-zur-3-aenderung-des-landesentwicklungsplans-nordrhein>

Altschuldenlösung für die Kommunen

Viele Kommunen in NRW haben einen Strukturwandel durchgemacht, sitzen bis heute auf hohen Schuldenbergen und stecken angesichts drückender Zinsen in einem Teufelskreis. Die Situation spitzt sich durch die Wirtschaftslage weiter zu, so dass vielen Kommunen in den nächsten Jahren die Haushaltssicherung droht, einige sind bereits von ihr betroffen.

Trotz angespannter Haushaltslage ist die Landesregierung nun einen Schritt gegangen, um ein zentrales Versprechen ihres Koalitionsvertrags einzulösen und eine nachhaltige Entlastung vieler Kommunen von ihren Altschulden zu erreichen.

Zum Erhalt der Handlungsfähigkeit der Kommunen sehen die nun beschlossenen Eckpunkte vor, dass das Land ab 2025 jährlich 250 Millionen Euro zur nachhaltigen Beseitigung der kommunalen Altschulden bereitstellt. Zusammen mit der durch den Bund zugesagten hälftigen Übernahme der Kredite würde den Kommunen so eine halbe Milliarde Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden. Noch gibt es vom Bund allerdings keine konkreten Zusagen...

Hier ein FAQ zu den wichtigsten Fragen: <https://gruene-fraktion-nrw.de/fachnewsletter-ausgaben/ein-guter-tag-fuer-die-kommunen-in-nrw-altschuldenloesung-liegt-auf-dem-tisch/>

Ulrike Claßen-Büttner und Darius Firouzkhan



3 - KREISHAUS - ERWEITERUNG

Kreishaus II – Wir geben nicht auf

Auf dem Weg zu mehr Transparenz und Kostenkontrolle

Am 27. März hat die Kreistagsmehrheit aus CDU, UWG und FDP/FWO/DU die Erweiterung des Kreishauses beschlossen – mit veranschlagten 92,8 Millionen Euro für den ersten Bauabschnitt. Hinzu kommen rund 2,2 Millionen Euro für die Ausstattung der Büroräume. Der erste Bauabschnitt entspricht 60 % der Gesamtmaßnahmen, realistisch rechnen wir demnach mit über 156 Millionen Euro Gesamtkosten für alle drei Bauabschnitte. Zusätzlich belasten Kostensteigerungen bei Abriss, Materialien und Arbeitskräften sowie die Risiken der geplanten Finanzierung über Entnahmen aus der Pensionsrücklage des Kreises das Projekt über viele Jahrzehnte erheblich.

Zur Erinnerung: Es stehen in akzeptabler Nähe vorhandene Bestandsgebäude und ungenutzte Bauflächen zum Verkauf – zu Preisen, die nur Bruchteile der geplanten Investitionen betragen. (bspw. für 12,5 Mio € in Wiehl) Diese Alternativen erfüllen alle Anforderungen, wurden jedoch vom Landrat und der Kreistagskoalition ohne transparente Prüfung verworfen. Die im März 2024 vom Kreistag getroffene Grundsatzentscheidung für eine Kreishauserweiterung war noch nicht mit Zahlen hinterlegt, im Raum standen die geschätzten Kosten aus früheren Jahren von 60 -80 Mio. Euro für das Gesamtprojekt. Als der Gummersbacher Kämmerer Halding-Hoppenheit Ende 2023 bei der Einbringung des Haushalts von Kosten für das Projekt von bis zu 200 Mio. sprach, wurden diese Zahlen vom Landrat Hagt noch vehement dementiert:

"Dieses komplexe Projekt muss seriös und professionell geplant werden. Keinesfalls seriös ist dagegen, irgendwelche Zahlen in den Raum zu schmeissen. Ich wüsste gerne einmal,

woher diese Zahl kommt. Aber das bleibt ja das Geheimnis desjenigen, der sie genannt hat."

Inzwischen muss man es so hart formulieren: Der Kreistag und die Öffentlichkeit wurden getäuscht.

Wir haben geprüft, ob rechtliche Mittel, wie ein Bürgerbegehren, gegen den aktuellen Baubeschluss möglich sind. Leider wurde uns von unserem Anwalt erläutert, dass ein Bürgerbegehren gegen den Baubeschluss vom 27.03.2025 nicht zulässig ist. Ein solches wäre nur gegen die bereits länger zurückliegende Grundsatzentscheidung zur Erweiterung des Kreishauses möglich gewesen – da diese jedoch verfristet ist, können wir diesen Weg nicht beschreiten. Gerichtliche Entscheidungen in ähnlichen Fällen stützen diese Einschätzung. Wir gehen davon aus, dass die Führungsebene der Kreisverwaltung diese Aufteilung der Beschlüsse bewusst so in den Kreistag eingebracht hat, damit nach Bekanntwerden der jetzt genannten Zahlen eine Anfechtung des Beschlusses durch ein kassierendes Bürgerbegehren nicht mehr möglich ist. Doch das heißt natürlich nicht, dass die Öffentlichkeit in dieser Frage keine Entscheidungsgewalt hätte. **Wir werden die Kommunalwahl am 14. September 2025 auch zur Abstimmung über das Thema Kreishauserweiterung machen!**

Unser neuer Kurs: Öffentlich politisch aktiv bleiben

Obwohl das rechtliche Instrument eines Bürgerbegehrens nicht mehr zur Verfügung steht, ist unser Engagement ungebrochen. Wir setzen verstärkt auf öffentlichen Druck und transparente Diskussionen:

- **Öffentliche Diskussion:** Wir werden das Thema in unserer Kreisversammlung intensiv in den Mittelpunkt stellen, um auf die intransparenten Entscheidungsprozesse und die drohenden Kostensteigerungen aufmerksam zu machen.
- **Starker politischer Diskurs:** Bereits in den kommenden Tagen werden wir gezielt in den Wahlkampf gehen und mit allen Stimmen, die sich für mehr Kostenkontrolle und Transparenz einsetzen, den politischen Druck erhöhen.
- **Kooperation und Austausch:** Wir haben Volker Müller von der GWG Gummersbach in die Kreisversammlung eingeladen, damit er die Planung der Kreisverwaltung aus Sicht eines erfahrenen Architekten darstellen kann. Die GWG hat bewiesen, dass öffentliche Verwaltungsgebäude trotz hoher Anforderungen kosteneffizient gebaut werden können. Beispiele sind das Amtsgericht und das Polizeipräsidium auf dem Steinmüllergelände in Gummersbach. Zuletzt wurde in diesem Frühjahr das [Gerichtsgebäude für die Cum-Ex-Prozesse](#) in Siegburg von der GWG fertiggestellt, fast ein Symbol für die Aufarbeitung des größten Steuerraubs der deutschen Geschichte. Auch wir wollen Licht ins Dunkel der Chefetage im Kreishaus bringen! Dazu arbeiten wir weiterhin eng mit Initiativen, Jurist*innen und einem breiten Unterstützerkreis aus der Zivilgesellschaft zusammen.

Unser Ziel ist es, in einem **offenen und engagierten Dialog über die Zukunft des Kreishauses und einen sparsamen Umgang mit den öffentlichen Geldern** zu sprechen – für einen **Kreis, der transparent und wirtschaftlich handelt**.

Wir halten euch über alle nächsten Schritte auf dem Laufenden und bleiben gemeinsam dran, um eine kluge und verantwortungsvolle Investitionsentscheidung zu erreichen.



4 - WIEHLTALBAHN

Wiehltalbahn (WB) – Aktuelle Lage, politische Bewertung & nächste Schritte

Rückblick: Ein jahrzehntelanger Konflikt

Die **Wiehltalbahn (WB)** ist kein gewöhnliches Bahnprojekt – sie steht für den Widerstand gegen Entwidmung von Schienenstrecken, für bürgerschaftliches Engagement und das Potenzial einer klimafreundlichen Schienenverbindung im ländlichen Raum. Seit den 1990er-Jahren wurde um die Strecke gestritten – juristisch, politisch, öffentlich. Dank entschlossener Bürger*innen, Klagen und langem Atem wurde die Trasse bislang **nicht entwidmet** – sie bleibt **Bahnanlage**.

🔥 Aktuelle Wendung: Betreiber steigt aus

Am **3. April 2025** wurde öffentlich, dass die **Rhein-Sieg-Eisenbahn (RSE)** als Betreiberin der Strecke aussteigt. Der neue Geschäftsführer Selman Duran bestätigte gegenüber der OVZ:

„Die Betreiberverantwortung wird künftig auf ein anderes Eisenbahninfrastrukturunternehmen übergehen.“

Gründe nannte die RSE nicht, verwies aber auf eine **interne strategische Neuausrichtung** – in deren Rahmen die Wiehltalbahn „**nicht mehr ins Portfolio**“ passe.

Besonders bitter: Der Artikel bestätigt, was vielen Beteiligten inoffiziell schon seit **Herbst 2024** bekannt war – aber **nicht öffentlich gemacht wurde**.

🕒 Kritik an Intransparenz & Geheimhaltung

In unserem internen Fraktionschat zeigt sich Unverständnis und Ärger über den Umgang des Kreises mit dieser Information. Schon 2024 war der Ausstieg der RSE bekannt – trotzdem wurde im **Arbeitskreis WB** und im politischen Raum **keine offene Diskussion** darüber geführt, ja sogar auf eine interne Vorstellung eines möglichen neuen Betreibers mit Vorwürfen reagiert. Stattdessen:

- Schweigen gegenüber der Öffentlichkeit,
- keine transparente Kommunikation an politische Gremien,
- Missachtung der strategischen Bedeutung der Strecke für die Mobilitätswende im ländlichen Raum.

Diese Form der **Nicht-Kommunikation** – auch durch eine Verschwiegenheitsklausel zwischen Verwaltung, RSE und konservativer Kreispolitik gedeckt – untergräbt Vertrauen und demokratische Mitgestaltung.

„Der Kreis hat sich hier in die Deckung gezogen. Die Entscheidung war längst klar – sie wurde nur zurückgehalten.“

– Aus dem Fraktionschat

Politische Einordnung

Die Wiehltalbahn betrifft **nicht nur ein paar Kilometer Schiene**, sondern steht **symbolisch für größere Fragen**:

- Wer bestimmt über Mobilitätsinfrastruktur im ländlichen Raum?
- Wie gehen Kreisverwaltung & CDU-geführte Politik mit Bürgerwillen und Beteiligung um?
- Wie ehrlich ist die Debatte über klimafreundlichen Güterverkehr, Reaktivierungen und intermodale Lösungen?

Wir sehen hier ein klassisches Beispiel für das, was passiert, wenn strategische Infrastrukturpolitik **ohne Transparenz und Beteiligung** gemacht wird – und am Ende die Zivilgesellschaft erneut Fakten vor die Füße geworfen bekommt.





Nächste Schritte – was wir Grüne jetzt tun könnten

1. Transparenz einfordern

Wir fordern eine **umfassende Aufklärung** darüber,

- wann der Ausstieg der RSE bekannt war,
- welche Absprachen getroffen wurden,
- und warum das Thema nicht öffentlich diskutiert wurde.

2. Beteiligung neu denken

Ein strategischer Mobilitätsprozess wie die Zukunft der WTB gehört **nicht hinter verschlossene Türen**. Wir wollen, dass **Bürger*innen, Vereine, Eisenbahnfreunde, Kommunen und Kreispolitik** gemeinsam Optionen ausloten.

3. Neue Betreiberoption prüfen – Lappwaldbahn?

Die Lappwaldbahn (LWS) wurde bereits als mögliche Nachfolgerin gehandelt. Wir begrüßen die Prüfung, ob sie übernehmen könnte – aber unter der Bedingung klarer Transparenz und politischer Debatte.

4. Öffentlichkeit aktivieren

Falls notwendig, könnten wir:

- Medien vor Ort ins Alternativobjekt einladen
- eine Petition starten

- Aktionen am Kreishaus organisieren
- und gemeinsam mit Förderverein und Eisenbahnfreunden Öffentlichkeit schaffen

„Wenn ein demokratischer Prozess politisch versagt, braucht es demokratischen Druck von außen.“ – Fraktion Grüne OBK

Fazit

Die Wiehltalbahn ist mehr als ein Gleis. Sie ist ein Lehrstück über Demokratie, Machtverhältnisse und darüber, was schiefgeht, wenn Beteiligung zur Formalie wird. Der Ausstieg der RSE ist kein Ende – sondern ein Weckruf.

Wir werden weiter daran arbeiten, dass die **Verkehrswende im ländlichen Raum** kein leeres Wort bleibt!



Illegale Müllentsorgung – wachsam gegenüber Umweltverbrechen

In mehreren Bundesländern wird derzeit gegen organisierte Netzwerke ermittelt, die gezielt Müll in großem Stil illegal entsorgen. Die Berichte sprechen von einer „Umwelt-Mafia“, die grenzüberschreitend agiert – mit potenziell gefährlichen Stoffen, auf Brachflächen, in Kiesgruben oder sogar in der Nähe von Gewässern. Wie groß das tatsächliche Risiko für Mensch und Natur ist, ist vielerorts noch unklar. Auch im Oberbergischen stellt sich die Frage: Sind wir betroffen?

Wir Grünen fordern deshalb eine transparente Bestandsaufnahme. Gibt es Verdachtsflächen im Kreis? Wie ist die Kontrollpraxis aktuell geregelt? Und wie stellen wir sicher, dass Kosten für mögliche Sanierungen nicht bei der Allgemeinheit hängenbleiben, sondern beim Verursacher?

Für uns ist klar: Umweltkriminalität braucht Konsequenz – aber auch Vorsorge. Digitale Nachverfolgung von Entsorgungswegen, engere Kontrollen und eine stärkere Zusammenarbeit mit der Abfallwirtschaft könnten dabei helfen. Wir bringen das Thema mit Nachdruck in die politischen Gremien ein – und bleiben dran.



Rechte Gewalt & Jugendkriminalität – wir behalten die Entwicklungen im Blick

Rechte Straftaten haben in NRW ein neues Rekordhoch erreicht: Die aktuellen Zahlen für 2024 zeigen über 5.600 Fälle – ein starker Anstieg, besonders bei Volksverhetzung, Propagandadelikten und Körperverletzungen. Parallel dazu warnen Fachleute vor einem spürbaren Anstieg von Gewaltkriminalität unter Jugendlichen. Soziale Instabilität, digitale Radikalisierung und fehlende Ansprechpersonen machen viele junge Menschen anfällig – auch im ländlichen Raum.

Als grüne Kreistagsfraktion setzen wir uns dafür ein, dass diese Entwicklungen frühzeitig ernst genommen werden. Wir bringen die Themen in den Polizeibeirat ein und prüfen gemeinsam mit der Verwaltung, welche Handlungsmöglichkeiten es auf Kreisebene gibt – etwa durch verstärkte Prävention an Schulen, niedrigschwellige Angebote für Jugendliche oder eine bessere Vernetzung mit Akteuren wie Schulsozialarbeit, Jugendhilfe, aber auch religiösen Gemeinden.

Denn klar ist: **Rechte Hetze und Jugendgewalt dürfen sich nicht weiter ausbreiten** – auch nicht bei uns im Oberbergischen. Vor dem Hintergrund der alarmierenden Ergebnisse des NRW-Lagebilds Rechtsextremismus beantragen die Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN daher eine **Aktuelle Stunde** zur **Frage, wie Nordrhein-Westfalen dem strategisch modernisierten, digitalen und jugendorientierten Rechtsextremismus wirksam entgegentreten kann**. Hier geht es zum aktuellen (25.03.2025) [Antrag unserer Grünen Landtagsfraktion zum Thema](#).



Kreistagsfraktion - Besucht den Aggerverband Hochwasser, Talsperren, Biotope, Denkmalschutz... wait – was?! 🤖 Wenn du denkst, Wasser ist einfach nur nass – denk nochmal! Unsere Kreistagsfraktion war Anfang April beim Aggerverband und ist tief eingetaucht in z.B.: 💧 Floating-Voltaik 💡 Trinkwasserqualität ☠️ Keime, Mikroplastik, Medikamente im Wasser (keine 4-fach Filteranlagen) ☁️ Starkregen & Hochwasserschutz 🔥 Dürre (trockenster März seit 1929) 🍄 Artenschutz vs. Katastrophenschutz 🏠 Denkmalschutz vs. Artenschutz vs. neue Talsperre **Thema: Bürokratie die sich selbst behindert** Und ja: manchmal blockieren sich gute Dinge gegenseitig. Weil: Während eine neue Talsperre geplant wird, chillen seltene Kröten auf Brachland und im alten Schuppen wohnt plötzlich eine denkmalgeschützte Fledermaus 🦎 🦇 🙌 Wie man da trotzdem vorankommt? Finden wir's raus.

Unsere Meinung: das Unternehmen hat echte Pläne und will was bewegen. **Zitat Dr. Moshage, Chef des Aggerverbands:** „Unser Trinkwasser hat bessere Qualität als das im Supermarkt – und kostet statt 2.000 € pro Kubikmeter nur 2 €.“ 😊 Klingt irre? Ist aber Mathe: 1 Liter im Laden = 2€ x 1 m³ = 2€ x 1.000 Liter = 2.000 € Vom Aggerverband? → 2 € für 1.000 Liter! Und das von Leuten, die: 🌊 8 Talsperren, 📏 2.800 km Kanalnetz, 🏭 19 Kläranlagen und ❤️ 500.000 Menschen (also über die Kreisgrenzen hinweg) versorgen. Ein spannender Abend in Gummersbach, der uns als Fraktion noch eine ganze Weile

beschäftigen wird. Großes Dankeschön an den Aggerverband - für das Gespräch - für eure gute & wichtige Arbeit!

Embed://<iframe width="458" height="815"
src="https://www.youtube.com/embed/oMZENDe81xQ" title="WindmillsDidNotWork"
frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media;
gyroscope; picture-in-picture; web-share" referrerpolicy="strict-origin-when-cross-origin"
allowfullscreen></iframe>